

Erschienen am 13.06.2023

Reichenbach: Kampfabstimmung zu höherer Gewerbesteuer



Von Gerd Betka



Jeder kann sein Geld nur einmal ausgeben. Der Beschluss zu erhöhten Grund- und Gewerbesteuern wurde am Montag im Reichenbacher Stadtrat zum Drahtseilakt. Foto: Monika Skolimowska/dpa

Eine Stimme gab am Montag in der Stadtratssitzung den Ausschlag. Der Doppelhaushalt 2023/2024 ist damit auf den Weg gebracht. Nach einer denkwürdigen Debatte.

Reichenbach. Der Reichenbacher Stadtrat hat am Montag beschlossen, die Grund- und Gewerbesteuer zu erhöhen. Die Hebesätze steigen bei der Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe ab 2023 von 300 auf 400 Prozent, bei der Grundsteuer B für bebaute und unbebaute Grundstücke von 410 auf 450 Prozent und bei der Gewerbesteuer von 400 auf 410 Prozent im Jahr 2023 und auf 420 Prozent im Jahr 2024. Einem Antrag von Jörg Schaller (FDP) folgend, beabsichtigt der Stadtrat, im Haushalt 2025/2026 bei der Gewerbesteuer wieder auf 400 Prozent zurückzukehren. Der OB wurde beauftragt, einen runden Tisch mit den Gewerbetreibenden durchzuführen. Außerdem sollen Kostangebote von externen Firmen zur Haushaltskonsolidierung eingeholt werden.

Riss quer durch den Stadtrat

Der Beschluss fand eine hauchdünne Mehrheit. In der von Oberbürgermeister Henry Ruß (Die Linke) beantragten namentlichen Abstimmung stimmten elf Stadträte von [Bütex](#), FDP, SPD und Linke sowie der OB mit Ja sowie zehn Stadträte von CDU, Gewerbeverein, BI Reichenbach-Mylau und Grüne mit Nein. Als Zünglein an der Waage erwies sich die Enthaltung des frisch nachgerückten CDU-Stadtrates Marcus Fritsch. Hätte er auch mit Nein gestimmt, wäre der Beschluss durchgefallen - mit fatalen Folgen, wie Oberbürgermeister Henry Ruß (Die Linke) deutlich machte. Ruß verwies auf das [im Juni 2022 mit 21 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung beschlossene Haushaltsstrukturkonzept](#), das bereits die genannten Hebesätze enthielt. „Wenn wir das heute nicht beschließen, wird es schwierig, überhaupt 2023 einen genehmigten Haushalt zu bekommen“, erklärte er. Müsste das Zahlenwerk erneut überarbeitet werden, zöge sich alles bis Oktober oder November hin.



Der Reichenbacher Marktplatz mit dem Rathaus. Foto: Luftbild: David Rötzsckke

Vorige Woche hätten die Gewerbetreibenden noch mit Spenden das Bürgerfest retten dürfen, jetzt revanchiere sich die Stadt mit mehr Steuern, kritisierte [Stephan Hösl](#) (CDU). Die Verwaltung solle besser an anderer Stelle Geld einsparen, riet er. Ruß fasste das als Beleidigung auf, zumal man viele Tage am Haushalt gearbeitet habe. Auch vermisste er einen Deckungsvorschlag. Hösl verwies auf den CDU-Vorstoß zu stationären Blitzern. [Oelsnitz](#) habe bereits 1,5 Millionen Euro mit drei festen Blitzern eingenommen.

Jörg Schaller (FDP) fand: „Wenn wir die Hebesätze beschließen, ist es ein Schlag ins Gesicht der Unternehmer. Aber wenn wir sie nicht beschließen, ist das ein mindestens genauso großer Schlag ins Gesicht derjenigen, die sich für Reichenbach engagieren, weil wir dann noch so lange handlungsunfähig sind.“ Deshalb formulierte er den obigen Antrag. [Oliver Großpietzsch](#) (SPD) erinnerte, dass die Zeit drängt. Bei anderen Teilen des Pakets [wie bei der Hundesteuer, die sich nahezu verdoppelt, oder bei höheren Parkgebühren](#) habe der Stadtrat auch nicht gezögert. Bald würden auch die Sozial-, Sport- und Kulturvereine auf der Matte stehen, die auf ihre ausstehenden Zuschüsse warten. [Thomas Höllrich](#) (Die Linke) befürwortete den runden Tisch, meinte aber: „Ratschläge von außen kosten nur Geld, bringen aber nichts.“ [Birgit Schaller](#) (Gewerbeverein) machte aus ihrer Ablehnung keinen Hehl: „Es ist ein

unpassendes Signal, an die Steuersätze ranzugehen.“ Ulf Solheid (Fraktion Die Linke) riet dazu, es zu unterlassen, die Gewerbesteuererhöhung in einen Zusammenhang mit den Bürgerfestspenden zu setzen. Das habe „ein Geschmäcke“. Überdies betrage die geplante Gewerbesteuererhöhung 2023 nur 2,5 Prozent und 2024 fünf Prozent.

Um welche Summen geht es?



Oberbürgermeister Henry Ruß scharfe mit seiner Argumentation zu den Steuerhebesätzen eine hauchdünne Mehrheit hinter sich. Foto: Franko Martin

Um welche Summen geht es? Zwei Beispiele: Wer einen Gewinn von 25.000 Euro erzielt und bislang 3500 Euro Gewerbesteuer zahlt, müsste bei 410 Prozent Hebesatz 87,50 Euro mehr und bei 420 Prozent 175 Euro mehr bezahlen. Für ein Unternehmen mit 2 Millionen Euro Gewinn wären es 7000 bzw. 14.000 Euro mehr.

Der Entwurf des Doppelhaushalts 2023/2024 liegt bis zum 23. Juni bei Kämmerin Maria Silbersack, Markt 6, zur Einsichtnahme für jedermann aus. Bis 30. Juni können Einwände, Hinweise und Anregungen eingereicht werden. Am 17. Juli soll der Stadtrat den Haushalt beschließen. (gb)

© Copyright Chemnitzer Verlag und Druck GmbH & Co. KG